

Rede von Hans-Jürgen Scharfenberg auf der Gesamtmitgliederversammlung,
21.11.2015

Die Kommunalwahl liegt schon wieder 18 Monate zurück. Allein in dieser Zeit hat sich sehr viel getan. Potsdam ist eine liebenswerte und dynamische Stadt, in der man gern lebt. Daran hat DIE LINKE als gestaltende und treibende Kraft einen großen Anteil.

Überall boomt es. Das widerspiegelt sich nicht nur im Stadtzentrum, das in Teilen historisch rekonstruiert wird. Mit dem neuen Landtag, mit der Haveluferbeauung, mit dem sanierten Alten Rathaus ist ein weiterer Touristenmagnet entstanden. Darüber kann man sich freuen, auch wenn das nicht unser Schwerpunkt war.

Wir LINKEN haben uns vor allem stark gemacht und machen uns auch weiter stark für einen sozialen Ausgleich, für bedarfsgerechte moderne Schulen und Kitas, für bezahlbare Wohnungen, für einen leistungsfähigen ÖPNV.

Auf diesen Gebieten sind wir deutlich vorangekommen. Wir haben viel erreicht. Endlich hat Potsdam das von uns seit langem eingeforderte Wohnkonzept, das mit seinen Grundsätzen, Lösungswegen und Zielen Maßstab und Orientierung für die Wohnungspolitik und den dringend notwendigen Wohnungsbau ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieses Konzept mit Leben erfüllt wird. Wir wollen, dass ausreichend und bedarfsgerecht Wohnungen gebaut und mit Belegungsbindung versehen werden. Die städtische Wohnungsgesellschaft wird dazu einen großen Anteil leisten und nicht nur 1000 sondern mindestens 1500 neue Wohnungen bauen.

Mit einem 160-Millionenpaket, das vermutlich noch aufgestockt werden muss, sollen bis 2020 aufgrund des wachsenden Bedarfs neue Schulen gebaut und weitere Schulen und Turnhallen saniert werden. Das ist eine große Kraftanstrengung, die wir aber leisten können. Für den ÖPNV werden 50 Millionen Euro bereitgestellt, um die Verkehrsinfrastruktur in einer wachsenden Stadt zu modernisieren und auszubauen. Das ist auch Ausdruck einer guten Finanzsituation der Stadt, die uns von vielen brandenburgischen Kommunen unterscheidet. Wir sind eine Stadt mit einem ausgeglichenen Haushalt und finanziellen Spielräumen.

Viele freuen sich auf das neue Sport- und Freizeitbad, das am Brauhausberg entsteht und förmlich aus dem Boden schießt. Noch in diesem Jahr soll Richtfest sein und in einem Jahr soll der Bau fertig sein. Bisher sind alle Termine und auch der Kostenrahmen von maximal 36 Millionen Euro eingehalten worden. Das ist ein Beleg für das große Potential und die Leistungsfähigkeit unserer Stadtwerke, auf die wir stolz sein können.

Ich will auch daran erinnern, dass wir Linken uns für diesen Standort und für eine Bürgerbefragung eingesetzt haben, mit Erfolg, wie sich jetzt zeigt. Eine solche Bürgerbefragung fordern wir auch für den Lustgarten und das Mercure sowie für die Garnisonkirche. Leider ist der von uns geforderte ergebnisoffene Bürgerdialog zur Garnisonkirche noch nicht so richtig in Gang gekommen. Nach den kürzlichen Äußerungen von Bischof Dröge sehe ich gute Chancen, dass sich die Kirche bewegt und deutliche Veränderungen an ihrem bisherigen Konzept vornimmt. Damit verbessern sich die Chancen, dass dieser Dialog zu einem

breit akzeptierten Ergebnis führt. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sich alle bewegen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Fraktion hat sich deutlich verändert. Es hat Mandatsniederlegungen gegeben. So ist Gesine Dannenberg für Anita Tack nachgerückt. Gesine ist sehr engagiert und wissbegierig und bereichert die Fraktionsarbeit mit ihrem offenen und kritischen Auftreten.

Für Petra Sell, die aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden ist, rückte Stefan Wollenberg nach. Ich bin sehr froh, dass Stefan wieder Mitglied der Fraktion ist. Er verfügt bereits über große Erfahrungen insbesondere, aber nicht nur als Bildungsexperte der Fraktion. Im September hat ihn die Fraktion zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Ich will die Gelegenheit auch nutzen, auf das enorme Engagement von Ralf Jäkel zu verweisen. Er leistet als Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses eine tolle Arbeit, entwickelt aber auch auf anderen Gebieten eine hohe Produktivität. Das schlägt sich auch in der Fraktionsbilanz insgesamt nieder. Ich will das in Zahlen verdeutlichen. Die Linksfraktion hat seit Juni vergangenen Jahres 92 Anträge in die SVV eingebracht. Zum Vergleich: Die SPD hat bisher 32 Anträge vorgelegt, die CDU 46 und die Grünen 30 Anträge. Die Linksfraktion positioniert sich klar in der SVV, mit ihren inhaltlichen Positionen und den weitaus meisten Initiativen.

Wir führen die Auseinandersetzung mit der Rathauskooperation aus SPD, CDU und Grünen. Immer wieder müssen wir feststellen, dass diese Fraktionen einen Machtanspruch erheben, der nicht durch eine entsprechende Leistung untersetzt ist. Vielmehr wird versucht, die Mehrheiten auszuspielen und insbesondere die Linksfraktion auszugrenzen. Insofern sind wir meilenweit von dem Wettbewerb um die besten Ideen zur Lösung städtischer Probleme entfernt, den wir immer wieder gefordert haben.

Wie die Rathauskooperation ihre Verantwortung wahrnimmt und sich an selbst gesetzte Maßstäbe hält, testen wir zur Zeit im Zusammenhang mit dem Hauptausschuss. Dieser wichtigste Ausschuss, der in der vergangenen Wahlperiode 13 Mitglieder hatte, besteht gegenwärtig aus 17 Mitgliedern plus Oberbürgermeister. Diese Erhöhung resultierte daraus, dass die nur zweiköpfige Fraktion der Potsdamer Demokraten als Teil der Rathauskooperation mit Sitz und Stimme im Hauptausschuss vertreten sein sollte. Der von der Kooperation für alle anderen Ausschüsse verfolgte Grundsatz, diese im Interesse der Arbeitsfähigkeit möglichst klein zu halten, galt in diesem Fall nicht mehr. Jetzt gibt es diese Fraktion nicht mehr. Herr Schultheiss hat sich der SPD-Fraktion angeschlossen. In dieser Konstellation würde ein Hauptausschuss mit 15 Mitgliedern für eine Vertretung aller Fraktionen ausreichen. Genau das haben wir jetzt beantragt.

Wir setzen uns im Interesse vieler Potsdamerinnen und Potsdamer sowie der Bewohner von Umlandgemeinden mit der Stadtverwaltung und der Rathauskooperation zum Problem der Zeppelinstraße auseinander. Ihr wisst, hier geht es um die Einhaltung von Grenzwerten für eine Schadstoffbelastung, die in der

Zeppelinstraße ziemlich hoch ist. Daraufhin will die Stadtverwaltung insbesondere durch eine Verengung dieser Straße auf nur noch eine Fahrspur den Autoverkehr deutlich zurückdrängen. Wir befürchten, wie viele andere auch, dass damit die Situation nur noch verschärft und der Stau in dieser Straße zum Dauerzustand wird. Man kann nicht den Teufel mit dem Beelzebub austreiben wollen. Deshalb haben wir gefordert, dass durch begleitende Maßnahmen wie eine Busspur, eine optimale Ampelregelung, die Prüfung einer Umweltzone usw. die Schadstoffwerte gesenkt werden.

Trotzdem haben die Kooperationsfraktionen im Oktober neben solchen Begleitmaßnahmen die Durchführung eines Modellversuchs beschlossen, mit dem im Frühjahr nächsten Jahres für ein halbes Jahr die Straße eingeengt wird, vermutlich sogar noch länger. Der Protest aus Potsdam-Mittelmark folgte auf dem Fuß, denn damit ist die vor wenigen Monaten gegebene Zusage eines abgestimmten Vorgehens ignoriert worden. So geht man nicht miteinander um. Unser Antrag, diesen Beschluss aufzuheben und den Modellversuch zumindest so lange auszusetzen, bis eine Abstimmung mit dem Landkreis stattgefunden hat, wird zur Zeit in den Ausschüssen diskutiert.

Ein weiteres aktuelles Streitthema ist die geplante Einführung einer Biotonne mit der Folge einer beträchtlichen Erhöhung der Abfallgebühren. In diesem Zusammenhang ergibt sich eine ganze Reihe von Fragen, die ich hier nicht im einzelnen aufzählen will. Aber wir sehen es als unsere Pflicht an, die Belastung der Potsdamer so niedrig wie möglich zu halten. Deshalb schlagen wir vor, den Abholrhythmus von einer Woche auf 14 Tage zu verlängern. Das ist sinnvoll und machbar. Das würde die Gebühren in etwa halbieren. Wir haben weitere konkrete Vorschläge für eine künftige Kostensenkung durch eine Effektivierung der Müllabfuhr, um die wir kämpfen werden.

Ein letztes Thema, das ich hier anführen möchte, ist die Diskussion die Einzäunung am Pflingstberg. Dazu werden wir in der nächsten Woche im Hauptausschuss den aktuellen Stand erfahren. Wir halten konsequent daran fest, eine Änderung des Bebauungsplanes mit dem Ziel, für Herrn Döpfner und seine Villa Henckel einen repräsentativen Hausgarten zu schaffen, nicht zuzulassen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Park unverzüglich wieder frei zugänglich gemacht wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

eine wichtige und anspruchsvolle Aufgabe, mit der wir uns seit längerem beschäftigen, ist eine freundliche Aufnahme und menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in unserer Stadt. Ich freue mich, hier sagen zu können, dass die Landeshauptstadt diese große Herausforderung verantwortungsbewusst annimmt und ausfüllt. Wir setzen uns mit anderen dafür ein, dass die notwendigen Unterkünfte, eine qualifizierte Betreuung, Sprachkurse und vielfältige Maßnahmen zur Integration gesichert werden. Bisher ist gesichert worden, dass vor der Einrichtung von Unterkünften vor Ort Einwohnerversammlungen durchgeführt werden, in denen offen und sachlich informiert und Fragen beantwortet werden. Da gibt es manche Unsicherheit und manche Zuspitzung. Ich will die Stadtverwaltung ausdrücklich für ihr professionelles und engagiertes Handeln loben.

Ich freue mich, hier feststellen zu können, dass es in dieser wichtigen Frage eine breite Übereinstimmung in der Stadtverordnetenversammlung gibt von der CDU bis zur Linken und den Abschließend will ich mich für die gute Zusammenarbeit mit dem Kreisvorstand bedanken. Im Unterschied zu früheren Jahren haben wir uns nicht mehr mit uns selbst beschäftigen müssen, sondern unsere Verantwortung für andere wahrgenommen. Diese Positive Entwicklung sollten wir fortführen.